



Uster, 31. Januar 2014

An die Präsidentin des Gemeinderates
Frau Gabriela Seiler
8610 Uster

Leistungsmotion Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2015 - 2018

Die Stadt erhöht für die Jahre 2015 bis und mit 2018 die Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland von jährlich 20'000.- auf 80'000.- Franken pro Jahr. Die Beiträge werden ausschliesslich Hilfswerken zur Verfügung gestellt, die von der Zewo zertifiziert sind. Der Stadtrat wird beauftragt, Kriterien für die Vergabe der Beiträge zu bestimmen und mit dem Voranschlag 2015 und der Finanzplanung 2016 – 2018 die durch das Begehren ausgelösten finanziellen Auswirkungen darzulegen.

Begründung

Uster hat in den vergangenen Jahren mit jeweils 20'000 Franken Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland mitfinanziert. Pro Einwohnerin und Einwohner sind das 63 Rappen. Im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Zürich ist dies der tiefste Betrag. Zürich beispielsweise bezahlt 9 Franken, Wallisellen über 5, Effretikon und Dübendorf je rund vier Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Die stark unterdurchschnittlichen Beiträge Usters würden mit der Erhöhung auf unter drei Franken pro Kopf im unteren Mittelfeld städtischer Gemeinden liegen.

Weshalb soll denn eine Stadt wie Uster überhaupt Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit zahlen? Gemäss Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) leiden derzeit 870 Millionen Menschen an Hunger. Sie sind Grund genug, etwas von unserem Glück und unserem Wohlstand über ein Hilfswerk mit anderen zu teilen – sei es jeder individuell als Einzelperson oder wir als Gemeinde.

Die Entwicklungszusammenarbeit findet in der Schweiz auf allen politischen Ebenen statt. Bund, Kantone und Gemeinden tragen ergänzend zueinander die Verantwortung für einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und damit zur Förderung von nachhaltig stabilen Gesellschaften.

Eine sinnvolle und nachhaltige Verwendung der Gelder ist wichtig. Die Entwicklungsprojekte dürfen nicht den Staat ersetzen, sondern sollen dazu dienen, dass Strukturen gerechter gestaltet werden und Menschen ihre Rechte einfordern können. Der Stadtrat soll dazu entsprechende Kriterien formulieren. Die Stadt Uster soll einzig Organisationen berücksichtigen, die von der Zewo zertifiziert sind.

Patricio Frei,
Grüne Uster